


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Beteiligungen am 21.01.2026

| | |
|--|---|
| Sitzungsort: | Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt |
| Beginn: | 17:02 Uhr |
| Ende: | 18:30 Uhr |
| Anwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| Abwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| Sitzungsleiter: | Herr Schade |
| Schriftführer: |  |

Tagesordnung:

| I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen- Nummer |
|------|--|------------------------|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sit- zung vom 19.11.2025 | 2815/25 |
| 5. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 5.1. | DasJOHANN II mit der KoWo realisieren BE: Vertreter Fraktion Die Linke hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligun- | 1416/25 |

gen und Theater

- 5.2. Verkauf des ega-Grundstücks in Erbaupacht – Schaffung von günstigem Wohnraum für Familien **2783/25**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater / Geschäftsführerin der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega)
- 5.3. Keine visuelle Reizüberflutung in der Altstadt **2784/25**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater
- 5.4. Ergänzung der „Eintrittspreisordnung ega“ **2836/25**
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen / Geschäftsführerin der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega)
- 5.5. Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWE Verwertung GmbH im Rahmen der Entfiskalisierung **2843/25**
BE: Leiterin des Beteiligungsmanagements / Geschäftsführer der SWE Verwertung GmbH
6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentl. Sitzung des WuB vom **2805/25**
19.11.2025 zur Drucksache 2319/25 - Anpassung Zweckvereinbarung über die Errichtung und den Betrieb der technischen Ausstattung für die Zentralen Leitstellen Erfurt und Nordhausen - hier Förderung Land

BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit
7. Informationen
- 7.1. Mündliche Informationen
- 7.1.1. Begründung der erneuten Erhöhung der Eintrittspreise **0086/26**
für die Schwimm- und Hallenbäder zum 1. Januar 2026 durch die SWE Bäder und Darlegung der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen für die Wirtschaftsjahre 2026 bis 2028
Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Stange

hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

- 7.1.2. Begründung der Erhöhung der Wasserentgelte (-preise) durch die ThüWA bzw. SWE Wasser zum 1. März 2025
Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Stange
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater **0154/26**
- 7.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN), eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Beteiligungen, begrüßte den Oberbürgermeister, den Beigeordneten für Finanzen, Beteiligungen und Theater, die Ausschussmitglieder und alle Gäste. Anschließend stellte der Ausschussvorsitzende die form- und fristgemäße Einladung, sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 36 Abs. 1 ThürKO fest.

Zum Sitzungsbeginn waren 16 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN), teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass zwei Anträge zur Änderung der Tagesordnung vorlagen.

Unter dem Tagesordnungspunkt 7.1.1 sollte eine mündliche Informationsaufforderung der Fraktion Die Linke zur Drucksache 0086/26 – Begründung der erneuten Erhöhung der Eintrittspreise für die Schwimm- und Hallenbäder zum 1. Januar 2026 durch die SWE Bäder und Darlegung der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen für die Wirtschaftsjahre 2026 bis 2028 - auf die Tagesordnung aufgenommen werden.

Es erfolgten keine Wortmeldungen, weshalb der Ausschussvorsitzende um Abstimmung über die Aufnahme in die Tagesordnung bat. Für die Aufnahme dieser Drucksache auf die Tagesordnung wurde eine einfache Mehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder benötigt.

Abstimmungsergebnis Ja 13 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

Somit erfolgte eine Aufnahme in die Tagesordnung.

Darüber hinaus informierte der Vorsitzende die Ausschussmitglieder, dass eine weitere mündliche Informationsaufforderung der Fraktion Die Linke, Drucksache 0154/26 – Begründung der Erhöhung der Wasserentgelte (-preise) durch die ThüWA bzw. SWE Wasser zum 1. März 2025, – unter dem Tagesordnungspunkt 7.1.2 auf die Tagesordnung genommen werden soll.

Es erfolgten keine Wortmeldungen, weshalb der Ausschussvorsitzende um Abstimmung über die Aufnahme in die Tagesordnung bat. Für die Aufnahme dieser Drucksache auf die Tagesordnung wurde eine einfache Mehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder benötigt.

Abstimmungsergebnis Ja 13 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

Somit wurde die mündliche Informationsaufforderung in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Ausschussvorsitzende informierte darüber, dass die Drucksache 2783/25 - Verkauf des ega-Grundstücks in Erbaupacht – Schaffung von günstigem Wohnraum für Familien - durch die einreichende Fraktion BÜNDNIS 80/ DIE GRÜNEN zurückgezogen wurde,

Zudem soll der Tagesordnungspunkt 7.2 - sonstige Informationen - durch die Berichterstattung des Oberbürgermeisters und der Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung zu dem aktuellen Stand der Schließung des Standortes von Zalando direkt nach dem Tagesordnungspunkt 2 - Änderung der Tagesordnung behandelt werden.

Es erfolgten keine Wortmeldungen, weshalb der Ausschussvorsitzende um Abstimmung über die geänderte Reihenfolge der Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht eingereicht, weshalb der Ausschussvorsitzende über die geänderte Tagesordnung abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

4. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 19.11.2025 2815/25

Es lagen keine schriftlichen Einwände vor und mündlich wurden keine Einwände geäußert.

genehmigt Ja 13 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

5. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 5.1. DasJOHANN II mit der KoWo realisieren 1416/25**
BE: Vertreter Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

Frau Stange (Fraktion Die Linke) erklärte, dass die Diskussion nicht erneut entfacht werden soll.

Hingegen plädierte Herr Prechtel (Fraktion Mehrwertstadt) für die Ablehnung der Drucksache.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

abgelehnt Ja 3 Nein 9 Enthaltung 4 Befangen 0

- 5.2. Verkauf des ega-Grundstücks in Erbaupacht – Schaffung 2783/25**
von günstigem Wohnraum für Familien
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater / Geschäftsführerin der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega)

Aufgrund der Zurückziehung dieses Antrages durch die einreichende Fraktion, erfolgte keine Behandlung in der Ausschusssitzung.

zurückgezogen

- 5.3. Keine visuelle Reizüberflutung in der Altstadt 2784/25**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

Zunächst beantragte Herr Maicher (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte dieser Vorlage. Anschließend äußerte er sein Unverständnis, denn die Infoscreens sind in der Altstadt umsetzbar, aber Photovoltaikanlagen nicht und des Weiteren soll der mittelalterliche Flair der Altstadt erhalten werden.

Der Beigeordnete für Finanzen, Beteiligungen und Theater erklärte, dass mit dem Werbepartner im Jahr 2017 ein Vertrag mit der Laufzeit bis zum Jahr 2032 abgeschlossen wurde und diesen gilt es zu beachten.

Herr Prechtel (Fraktion Mehrwertstadt) wollte wissen wie viele digitale City-Light-Poster vorgesehen sind und wie die Nutzung für städtische Informationen und Informationen des Katastrophenschutzes ausgelastet ist.

Insgesamt sind in dem Vertrag 20 Standorte niedergeschrieben, denn die Werbung soll sichtbar gemacht werden. Jedoch sind hierbei die örtlichen Gegebenheiten und das Stadtbild zu beachten, denn es soll keine Konkurrenz mit diesen am Standort geben. Aus diesen Gründen sind bisher nur 6 der 20 geplanten Standorte belegt und die Restlichen bleiben zunächst offen, so der Beigeordnete weiter.

Der Vertreter der Fraktion CDU, Herr Waßmann, gab an dieser Stelle die Haushaltsdiskussion und Sparsamkeit zu bedenken. Weiterhin soll die Werbesatzung angepasst werden und hierbei sollte zunächst der Dialog des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe mit den örtlichen Händlern abgewartet werden.

Herr Dr. Weißkopf (Fraktion CDU) sprach sich für die Infoscreens aus und bat um Beachtung der sozialen Marktwirtschaft.

Herr Maicher führte im Folgenden aus, dass eine Konkretisierung wichtig ist und die 20 Standorte auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiden sind.

Die Leiterin des Beteiligungsmanagements erklärte, dass 20 Standorte außerhalb der Innenstadt vorgesehen sind und diese auch schon belegt sind. In der Innenstadt sind ebenfalls 20 Standorte vorgesehen, jedoch sind hier zunächst nur 6 aktive Infoscreens, da das Genehmigungsverfahren sehr langwierig ist.

Der Beigeordnete plädierte dafür, dass Werbung dort geschaltet wird, wo potenzielle Interessenten sich aufhalten. Weiter führte er aus, dass die Solarenergie noch einige Hürden innerhalb der Verwaltung zu überwinden hat.

Die Nachfrage von Herrn Grenzdörffer (Fraktion SPD & PIRATEN), ob regionale Anbieter in dem Vertrag verankert sind, wurde durch die Leiterin des Beteiligungsmanagements verneint.

Sollten keine weiteren Standorte möglich sein, so ist eine Änderung des Vertrages von Nöten, so Herr Maicher.

Diese Aussage wurde durch Frau Stange (Fraktion Die Linke) befürwortet.

Der sachkundige Bürger der Fraktion CDU, Herr Pfistner, warb für die Achtung des geschlossenen Vertrages und des Vertragspartners, damit die Stadtverwaltung auch weiterhin für Werbepartner attraktiv bleibt.

Diese gesamte Diskussion soll gerne bei Auslaufen des Vertrages oder einer möglichen Vertragsverlängerung geführt werden, so der Beigeordnete.

Auf Hinwirken der Ausschussmitglieder wurde durch den Ausschussvorsitzenden, Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN), folgende Festlegung zu Protokoll genommen:

| | |
|-------------------------------|---|
| Drucksache 0200/26 | Im Rahmen der Behandlung dieser Angelegenheit im Ausschuss kam die Bitte auf, über die Nutzung der Infoscreens hinsichtlich von Informationen seitens der Stadtverwaltung und Rettungsinformationen aufzuklären. T: 04.03.2026 V: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligung und Theater |
|-------------------------------|---|

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN), ließ im Folgenden über den eingangsgestellten Antrag von Herrn Maicher der Einzelabstimmung abstimmen.

Abstimmungsergebnis Ja 3 Nein 12 Enthaltung 1 Befangen 0

Somit kam es im Anschluss zur Abstimmung über den Antrag im Gesamten.

abgelehnt Ja 1 Nein 14 Enthaltung 1 Befangen 0

5.4. Ergänzung der „Eintrittspreisordnung ega“ 2836/25
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen
/ Geschäftsführerin der Erfurter Garten- und Ausstellungs
gemeinnützige GmbH (ega)

Der Geschäftsführerin der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH wurde einstimmig das Rederecht erteilt.

Frau Stange (Fraktion Die Linke) informierte, dass man im Herbst 2025 ein Brief des Verbandes kinderreicher Familien Thüringen e. V. erhielt, mit der Schilderung, dass eine Benachteiligung bei den Eintrittspreisen des ega Parks vorliegt. Aus diesem Grunde hat man den Antrag, das Preisgefüge für die Familien mit mehr als 5 Kindern zu ändern, eingereicht.

Die Geschäftsführerin der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH erörterte, dass im Jahr 2022 eine Kooperation mit dem Verband angestrebt wurde, jedoch kam diese aufgrund von fehlenden Dokumenten, wie dem, Freistellungsbescheides nicht zustande.

Im Folgenden bat Frau Stange um eine erneute Kontaktaufnahme zu dem Verband kinderreicher Familien Thüringen e. V., damit diese Kooperation doch noch abgeschlossen werden kann.

Herr Maicher (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) sagte, dass zu diesem Thema bereits eine Anfrage seiner Fraktion vorlag.

Herr Prechtl (Fraktion Mehrwertstadt) merkte an, dass der Antrag zunächst beschlussfähig zu machen ist.

Die Prüfung der Familie und der Zugehörigkeit der Kinder zu den Familien wird durch dieses Vorhaben notwendig sein, gab Herr Dr. Weißkopf (Fraktion CDU) zu bedenken und er regte auch eine Beachtung des finanziellen Rahmens der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH an.

Die Geschäftsführerin fügte hinzu, dass jedes Kind einen Personalausweis mit sich führen müsste, damit die Zugehörigkeit zu der Familie und der Mehrfamilienkarte des Verbandes kinderreicher Familien Thüringen e. V. geprüft werden kann.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen, weshalb der Ausschussvorsitzende, dem Vertagungsantrag von Frau Stange zur Abstimmung stellte.

Abstimmungsergebnis Ja 7 Nein 7 Enthaltung 2 Befangen 0

Da der Vertagungsantrag keine Mehrheit gefunden hat, wurde im Folgenden über den Antrag selbst abgestimmt.

abgelehnt Ja 3 Nein 13 Enthaltung 0 Befangen 0

**5.5. Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWE Verwertung GmbH im Rahmen der Entfiskalisierung
BE: Leiterin des Beteiligungsmanagements / Geschäftsführer der SWE Verwertung GmbH 2843/25**

Dem Geschäftsführer der SWE Verwertung GmbH wurde einstimmig das Rederecht erteilt.

Die Nachfragen hinsichtlich der Unterscheidung zur Fiskalisierung sowie der Vorteile der Entfiskalisierung von Herrn Prechtl (Fraktion Mehrwertstadt), konnten durch den zuständigen Beigeordneten für Finanzen, Beteiligungen und Theater ausführlich beantwortet werden.

Die Anzahl der Mitarbeitenden wurde von Frau Stange (Fraktion DIE Linke) erfragt.

Der Geschäftsführer der SWE Verwertung GmbH antwortete, dass das Unternehmen 50 Mitarbeiter innehat und die Stadtwerke Erfurt GmbH als Mutterunternehmen fungiert.

Die Vorteile dieses Vorgangs, wurden durch Herrn Prechtel erfragt.

Der Beigeordnete antwortete, dass der Weg, zurück zum Kommunalrecht, als positiven Aspekt gewertet wird.

Der sachkundige Bürger der Fraktion CDU, Herr Kossack, beurteilte die Austritte von kommunalen Betrieben in die Privatwirtschaft als nicht immer erfolgreich und gegebenenfalls liegt auch ein Versagen der Führungsebene vor. Weiterhin wollte Herr Kossack wissen, ob eine Verschmelzung mit der SWE Entsorgung GmbH angestrebt wird.

Aus Sicht des Geschäftsführers liegt kein Versagen vor, denn die damalige Entscheidung wurde aktiv getroffen. Doch der Geschäftsführer räumte ein, dass diese Entscheidung dennoch hinterfragt und analysiert wird. Auch wird der Zusammenschluss mit der SWE Entsorgung GmbH stetig geprüft.

Herr Prechtel fragte nach, ob der Anteil der Abfallentsorgung von Personen außerhalb des Stadtgebietes bekannt ist.

Der Geschäftsführer erklärte, dass es aus seiner Sicht einen solchen Anteil geben wird, aber dieser nur sehr schwierig zu ermitteln ist.

Ob die Genehmigung nach § 71 Abs. 2 Nr. 4 ThürKO durch das Landesverwaltungsamt ersichtlich ist, wollte Herr Dr. Weißkopf (Fraktion CDU) wissen.

Der Vertrag wurde mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt, antwortete der Beigeordnete.

Die Nachfrage von Frau Stange, ob Änderungen für die Mitarbeiter einhergehend sind, wurde durch den Geschäftsführer verneint.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen.

bestätigt Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der öffentl. Sitzung des WuB vom 19.11.2025 zur Drucksache 2319/25 - Anpassung Zweckvereinbarung über die Errichtung und den Betrieb der technischen Ausstattung für die Zentralen Leitstellen Erfurt und Nordhausen - hier Förderung Land 2805/25**

BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

7.1. Mündliche Informationen

- 7.1.1. Begründung der erneuten Erhöhung der Eintrittspreise für die Schwimm- und Hallenbäder zum 1. Januar 2026 durch die SWE Bäder und Darlegung der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen für die Wirtschaftsjahre 2026 bis 2028** **0086/26**
Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Stange
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

Einer Vertreterin der SWE Bäder GmbH wurde einstimmig das Rederecht erteilt.

Der Beigeordnete für Finanzen, Beteiligungen und Theater erklärte, dass diese Entscheidung durch die Geschäftsführer der Stadtwerke Erfurt GmbH und der SWE Bäder GmbH getroffen wurde. Des Weiteren gab er die gestiegenen Kosten für die Erfurter Bäder zu bedenken. Die Stadtverwaltung selbst ist über den Leistungsvertrag Bäder beteiligt, aber nicht vollumfänglich. Man werde demnächst mit dem Land Thüringen ein Gespräch über die finanzielle Hilfe für städtische Bäder führen, so der Beigeordnete weiter.

Die Vertreter der SWE Bäder GmbH erklärte, dass man im Plan von 2026 eine Preissteigerung von über 2,46 Mio Euro anzusetzen hatte und alle zwei Jahre eine Preisanpassung durch die Dienstleister (z. B. bei Personal- und Materialkosten) zu verzeichnen hat. Aus diesem Grunde waren die Anpassungen von Nöten, um den Verlust im Rahmen zu halten. Doch waren die Preisanpassungen in der Wirtschaftsplanung bekanntgeben und durch Aufsichtsrat der SWE Bäder GmbH im vergangenen Juni beschlossen wurden.

Frau Stange (Fraktion Die Linke) erklärte, dass nicht alle Fraktionen im Aufsichtsrat der SWE Bäder GmbH vertreten sind und daher ein stetiger Informationsfluss nicht gegeben ist.

Der sachkundige Bürger der Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Burkhardt, äußerte, dass die Frage der Wichtung von Bedeutung ist und gab die Daseinsfürsorge als oberste Priorität aus.

Der Schwimmunterricht ist durch den Leistungsvertrag Bäder der Stadt Erfurt kostenlos, antwortete der Beigeordnete.

Herr Burkhardt konkretisierte, dass seine Aussage sich auf das ganzheitliche Schwimmangebot bezog.

Herr Prechtl (Fraktion Mehrwertstadt) brachte seine Unterstützung für die Aussage von Frau Stange zum Ausdruck und bat um die Weitergabe solcher Informationen an den Stadtrat.

Die Vertreterin stellte klar, dass die Stadtwerke Erfurt GmbH die Stadtverwaltung und den Aufsichtsrat im vergangenen Juni über die Preisanpassung informiert hat.

Im Folgenden gab Herr Prechtl seine Bitte auch an die Verwaltung weiter.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN), führte aus, dass eine solche Diskussion über die Zuständigkeit immer geführt werden wird.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

- 7.1.2. Begründung der Erhöhung der Wasserentgelte (-preise) 0154/26**
durch die ThüWA bzw. SWE Wasser zum 1. März 2025
Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Stange
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen
und Theater

Einer Vertreterin der ThüWa ThüringenWasser GmbH wurde einstimmig das Rederecht erteilt.

Im Folgenden stellte die Vertreter der ThüWa ThüringenWasser GmbH den Ausschussmitgliedern die Gründe für die notwendige Preisanpassung und das neue Preissystem des Unternehmens im Detail vor.

Frau Stange (Fraktion Die Linke) dankte für die Ausführungen und fragte nach, für welchen Zeitraum der neue Preis kalkuliert wurde.

Die Vertreterin sagte, dass der Wasserpreis für die nächsten 5 Jahren kalkuliert wurde.

Die Kommunikation mit der ThüWa ThüringenWasser GmbH verläuft hervorragend, bestätigte Herr Stampf (Fraktion Die Linke).

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen

Da kein weiterer Informationsbedarf bestand, beendete der Vorsitzende, Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN), die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Beteiligungen und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

zur Kenntnis genommen

7.2. Sonstige Informationen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde, aufgrund der Vorziehung, direkt nach dem Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

Der Oberbürgermeister begrüßte zunächst die anwesenden Ausschussmitglieder und informierte im Folgenden zu dem aktuellen Stand der Thematik „Zalando - Schließung“. Am 08. Januar 2026 um 10:30 Uhr erfolgte ein Anruf einer hochrangigen Zalandomitarbeiterin, welche über die Standortschließung informierte, so der Oberbürgermeister. Im Folgenden wurde bereits am Telefon schon der Versuch unternommen die Standort-schließung abzuwenden, jedoch erfolgte die Entscheidung bei Zalando auf höherer Ebene und war nicht zu beeinflussen, berichtete der Oberbürgermeister weiter. Er führte aus, dass er unmittelbar anschließend mit der Thüringer Ministerin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie, der Thüringer Ministerin für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ländlichen Raum und der Leiterin der Bundesagentur für Arbeit in Erfurt, sowie Akteuren von Zalando ein Krisentreffen für den darauffolgenden Tag im Rathaus einberufen hat. In diesem Treffen bat man die Zalandovertretung einstimmig um Nennung der Gründe für dieses Vorgehen. Die Zalandovertretung erklärte, dass es sich um eine unternehmerische und unumkehrbare Entscheidung handelt, so der Oberbürgermeister. Fortan werde man sich dem Schicksal der 2.688 Zalandomitarbeiter und den 500 Mitarbeiter der anderweitig involvierten Unternehmen zuwenden. Der Oberbürgermeister verdeutlichte, dass zu den 2.688 Mitarbeitern 1.703 Mitarbeiter mit Migrationshintergrund, 166 Mitarbeiter mit einer Schwerbehinderung und 5 gehörlose Mitarbeiter zählen und 80% der Beschäftigten ohne einen Abschluss sind. Aus diesem Treffen ging ebenso hervor, dass die Bundesagentur für Arbeit ab dem 19.01.2026 permanent vor Ort sein wird, um die Mitarbeiter bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung tatkräftig unterstützen zu können. Des Weiteren wurde vereinbart bilaterale Gespräche und Gespräche mit den Beschäftigten zu führen. Mit Stand vom 20.01.2026 wurden den Beschäftigten keine Kündigungen ausgesprochen, äußerte der Oberbürgermeister. Am 12.01.2026 begleitete er die Thüringer Wirtschaftsministerin zu einem Termin bei der Zeitfracht Medien GmbH, um die Möglichkeiten von Übernahmen abzuklären. Seitens der Zeitfracht Medien GmbH wurde signalisiert, dass man Mitarbeiter in dreistellige Höhe übernehmen könne. Darüber hinaus gibt es eine hohe Anzahl von Anfrage bzw. Angebote für mögliche Übernahmen, welche auch weiterhin entgegengenommen und an die Bundesagentur für Arbeit weitergeleitet werden. Mit der Thüringer Wirtschaftsministerin und der Thüringer Sozialministerin hat sich der Oberbürgermeister zu einer Taskforce zusammengeschlossen, um künftige Handlungsbedarfe abklären zu können. Der Oberbürgermeister verdeutlichte im Folgenden, dass die Kooperation mit den Landesstellen sehr gut verläuft, aber diese Entscheidung definitiv eine herbe Hiobsbot-

schaft für die Zalandomitarbeiter und den Wirtschaftsstandort Erfurt / Thüringen ist. In den Gesprächen wurde seitens Zalando immer unterstrichen, dass es nicht an dem Wirtschaftsstandort selbst liegt, dass man diese Entscheidung getroffen hat, legt der Oberbürgermeister dar. Abschließend äußerte der Oberbürgermeister, dass das Amt für Wirtschaftsförderung mit dem Gewerbeverein, dem Logistiknetzwerk und dem Verwalter des Grundstückes im engen Kontakt steht.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN) bedankte sich beim Oberbürgermeister für die Ausführungen und das entschlossene Handeln in dieser Angelegenheit.

Herr Stampf (Fraktion Die Linke) brachte seine Dankbarkeit für den Einsatz der Stadtverwaltung ebenfalls zu Ausdruck und fragte nach, ob dem Betriebsrat für die Betriebsratsitzung eine Immobilie kostenfrei zur Verfügung gestellt werden kann.

Der Oberbürgermeister antwortete, dass die Erfurter Messe terminlich nicht vermittelt werden konnte, aber die Zentralheize dem Betriebsrats für die Sitzung zur Verfügung stehen würde.

Herr Prechtl (Fraktion Mehrwertstadt) bedankte sich für die Arbeit der Verwaltung in dieser Angelegenheit und fragt anschließend nach, ob bekannt ist, wie viele betroffene Zalandomitarbeiter ihren Wohnsitz in Erfurt haben.

Die Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung erklärte, dass keine detaillierten Zahlen genannt werden können, jedoch möchte die Bundesagentur für Arbeit diese nachreichen.

Frau Stange (Fraktion Die Linke) erklärte, dass die Aktionen der politischen Akteure hilfreich sind, aber die Unterstützung des Betriebsrates ebenso wichtig ist. Sie führte aus, dass der §111 Betriebsverfassungsgesetz nicht gegeben ist, da der Betriebsrat nicht vorab über die Standortschließung informiert wurde. Aus diesem Grund ist die Unterstützung seitens des Stadtrates von Bedeutung und die Fraktion Die Linke wird unterstützend tätig sein, so Frau Stange abschließend.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Tagesordnung wurde mit dem Tagesordnungspunkt 3 - dringliche Angelegenheiten - fortgeführt.

gez. Schade
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in